

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 12

Artikel: Standort der Schweiz
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158890>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Standort der Schweiz.

Von Jann v. Sprecher.

Immer deutlicher, immer akuter auch muß sich heute der Eindruck aufdrängen, daß das Jahr 1942 im Zuge der europäischen Geschichte ein Jahr der größten Entscheidungen — ein Jahr der Schicksalswende vielleicht — sein wird. Während der schier beispiellose Zusammenbruch der europäischen Positionen in den Gebieten Ostasiens die Folgen unserer Selbstzerfleischung in einer für die weiße Rasse wahrhaft erschreckenden Weise deutlich macht, leuchtet auf dem Weg der europäischen Kriegsentwicklung bereits der Widerschein der größten kontinentalen Entscheidung, die sich ankündigt. Ihr Feld aber werden wiederum die weiten Ebenen Rußlands, werden seine breiten Ströme sein.

So steht denn Europa am Beginn eines für seine Entwicklung im ganzen Zuge der Geschichte schicksalschwersten Jahres. Es muß seine Tragik durchleben bis zum Ende — diesem alten Erdteil wird wahrlich nichts geschenkt. Während im pazifischen Krieg die europäische Arbeit von Jahrhunderten zusammenstürzt, die Eingeborenen sich erheben gegen ihre weißen Kolonisatoren und mit der angreifenden gelben Macht sich zu verbünden beginnen, ein Raum von unermäßigem Reichtum an Bodenschätzen der aufstrebenden Wirtschaftsmacht Japans zum Schaden des ganzen Europa in die Hände gespielt wird (nur zu bald werden alle Völker Europas die Folgen am eigenen Leibe verspüren), bahnt sich die innere Kriegsentcheidung des Erdteils mit unausweichlicher Zwangsläufigkeit an. Das Jahr 1942 trägt das Zeichen europäischer Schicksalsbestimmung.

In diesem europäischen Kampfe nun hat sich das russische Reich nach einem Ablauf der Ereignisse, dessen Richtung kaum Einer auch nur für möglich gehalten hätte, in eine ganz bestimmte Rolle von klassisch-historischer Bedeutung hineinentwickelt. Wider alles Erwarten — und wahrscheinlich durchaus gegen den wirklichen Willen seiner autoritären Führung selbst — ist das Rußland Stalins — rein historisch gesehen — in die Fußstapfen Alexanders des Ersten getreten, indem es gleichsam seine alte europäische Rolle wieder aufnahm: Träger im Spiel des europäischen Gleichgewichts zu sein. Zwar läßt sich nun kaum ein größerer Widerspruch denken als der, daß der Bolschewismus, Verneiner aller Tradition, in der Rolle eines her-

kömmlichen historischen Faktors zu präsentieren sich anschickt! Unnötig auch sollte es sein, zu betonen, daß solcher Art rein sachliche Feststellungen mit irgendwelcher ideologischer Einstellung nicht das geringste zu tun haben — eine Klarstellung, die aber in den heute oftmals so unklaren Zeiten nicht überflüssig erscheint. Die Tatsache jedenfalls bleibt von jeder Einstellung unberührt, daß sich die Entwicklung des bolschewistischen Imperialismus in Richtung auf bekannte Bahnen zu bewegen beginnt. Im Grunde genommen mag diese Tatsache dann weniger erstaunen, wenn man sie zu der inneren Entwicklung Rußlands in Beziehung setzt. Äußere und innere Politik Rußlands sind ineinander eng verflochten. Die eine ist das Spiegelbild der anderen. Erscheint die Ideologie der bolschewistischen Weltrevolution unter dem Druck der Entwicklung mehr nationaler Konzeption — mit durchaus imperialistischem Hintergrund freilich — vorerst gewichen zu sein, so hat sich anderseits im Inneren eine Struktur erkennen lassen, die dem Gemälde, das uns „Kenner des Bolschewismus“ während vieler Jahre treu und bieder stets wieder zu malen beliebten, in der denkbar vollkommensten Weise widerspricht. Jedenfalls kann von wirklich „kommunistischem“ Aufbau im Inneren Rußlands, wenigstens nach den bisher in Westeuropa hiefür gültigen Begriffen und nach den Ergebnissen, die sich erkennen lassen, nicht wohl die Rede sein. Es handelt sich vielmehr — wenigstens in durchaus erster Linie — um eine absolut autoritäre Staatsführung mit stark oligarchischem Einschlag, jedenfalls aber mit einem Grade von nationaler Disziplin, die mit den herkömmlichen Begriffen von „kommunistischer Ordnung“ zweifellos kaum mehr etwas zu tun hat. Hier zeigt sich eben wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß nichts die Augen mehr zu blenden vermag, als wenn politische Entwicklungen unter der Perspektive ideologischer Einstellung gewertet werden wollen. Es ist ein überraschendes Beispiel, das uns Rußland heute bietet — „das Land ohne 5. Kolonne“ nannte es unlängst einer —, und die Auswirkungen nationalistischer Prägung können ihren Eindruck nicht verfehlen auf den Beobachter, wenn er sich zu unboreingenommener Beurteilung bemüht und sich eben hütet, realpolitische Perspektiven und Ideologie gleichsam durcheinander zu werfen, sich also bewußt bleibt, daß diese Beiden nun einmal in ganz verschiedene Bereiche gehören. Der Schweizer zumal darf einen solchen Maßstab der Beurteilung getrost anwenden, ohne deswegen in den Geruch des Verfänglichen zu geraten. Denn wir standen der bolschewistischen Ideologie und der bolschewistischen Politik seit den Tagen ihrer Inauguration stets völlig ablehnend gegenüber, und bewiesen haben wir diese Ablehnung gerade auch auf dem diplomatischen Felde, unentwegt, und unbekümmert um alle mißfällige Kritik, und zwar mit einer Konsequenz, die andere nicht übten, wenn sie uns heute auch kritisieren wollen. Auch jetzt lehnen wir den Bolschewismus nicht weniger ab, als wir es immer taten, weil er das Recht mit Füßen tritt, weil er namenloses

Glend über Zahllose brachte, weil wir uns bewußt sind, daß er die Inkarnation der Unfreiheit, die Unterwerfung des Individuums unter die Macht von Polizeigarden bedeutet — weil er das System der Intoleranz in reinsten Konsequenz vertritt. Allein diese klare und in 25jähriger Entwicklung geprüfte Einstellung kann und darf uns nicht davon entbinden, in diesem gigantischen Kampf auf den Feldern Europas auch das Gesicht jener Machtpolitik zu erkennen, das sich der geschichtlichen Entwicklung im Sinne eines steten, immer wiederkehrenden Kampfes in den Jahrhunderten aufgeprägt hat und dessen Perspektiven auch in dem heutigen Kampfe deutlich zu bemerken sind. Wie, übrigens, könnte es anders sein?

Nicht als teilnahmslose Zuschauer aber — nein, als helfende, als nach unseren besten Kräften heilende Menschen stehen wir am Rande des gigantischen Kampffeldes. Wenn wir uns indessen weiter auch bemühen, die historischen Perspektiven zu erkennen, wird uns dies bestimmt nicht zum Vorwurf gemacht werden können — auch dann nicht, wenn wir hier wieder, wie so oft in der Geschichte Europas, Kräfte des Gleichgewichts im Kampfe um seine Beseitigung sehen, wie sie zuletzt der Weltkrieg von 1914, mit einem französischen Gegenspieler damals, gebracht hat. Wir haben damals nicht Partei genommen und wir nehmen heute nicht Partei.

Daß wir aber nicht Partei nehmen, das hat man uns zeitweise eifrig zum Vorwurf gemacht. Allein wir wissen, daß die Aufgabe unseres Landes auf einem anderen Felde liegt. Aus diesem Grunde halten wir auch jetzt wieder zu unserer selbstgewählten Neutralität. Wir wollen sie nicht aufgeben und werden sie nicht aufgeben. Sie ist der Garant unserer Unabhängigkeit. Wir können als kleinster Staat in der Mitte Europas, das sich nun ganz eingehüllt hat in die verzehrenden Flammen des Krieges, nicht ohne Neutralität die Unabhängigkeit bewahren. Jene aufgeben, hieße unweigerlich die Unabhängigkeit auf das Spiel setzen; das heißt also: wir gingen in den sicheren Untergang — und dabei noch ohne jemandem viel zu nützen! Wir folgen nicht den Spuren Anderer. Und daß wir unsere Unabhängigkeit aufgeben — das große verpflichtende Erbe der Generationen — das kann auch von einem kleinen Volk niemand verlangen.

Allein auf der anderen Seite ist nichts für uns begreiflicher, als wenn aus dem Raume von Völkern, die im Lebenskampfe stehen, gelegentlich unwillige Stimmen zu uns Neutralen herüber erklingen, zumal wenn sich die Perspektiven dieses Kampfes zunehmend in das Ungewisse zu verschieben drohen. Auch weiß man, mit welchen Hoffnungen, mit welcher Zuversicht das vergangene Jahr zu Anfang begrüßt und in seinem Laufe immer wieder begleitet worden ist. Für das schicksalsschwere 1942 freilich sind allenthalben andere Töne gefunden worden, und aus dem Klang mancher Stimme war der lastende Druck dämpfender Zu-

rückhaltung zu verspüren. Die Perspektiven dieses Ringens haben eben nicht nur durch den Eintritt Japans in den Krieg eine Veränderung erfahren! Europa selbst steht vor entscheidenden Ereignissen — vielleicht ist es nicht zu viel gesagt: vor einer Umwälzung. Die „Times“ haben unlängst, im Zusammenhang mit den für das britische Empire lebensbedrohenden Enttäuschungen in den kolonialen Verwaltungsräumen — und zwar sowohl bei den Subjekten wie Objekten dieser Verwaltung — unverhohlen erklären müssen, daß die Auffassungen der Vergangenheit für immer das Ende ihrer Tage erlebt hätten. Vielleicht aber gilt dies nicht minder für Europa, auch für den Kontinent selbst.

Hier stehen wir nun vor dem wahrhaft entscheidenden Waffengang der beiden Machtträger. Allein dieser Waffengang wird mehr entscheiden als äußere Macht. Große, tiefgreifende Bewegungen haben bereits um viele Völker ihren Anlauf genommen, oder aber: sie sind im Werden. Aus dieser Entscheidung werden die Völker Europas nicht hervorgehen wie sie waren.

Gonzague de Reynold hat jüngst die Schweiz „das europäischste aller europäischen Völker“ genannt. Freilich geht dieses Wort über eine bloße Feststellung weit hinaus — es trägt in sich auch eine Verpflichtung. Der Aufbau in der Freiheit und in der Vielfalt ist nicht allein der Quell unseres eigenen Lebens, dessen Versiegen unser Ende wäre — vielleicht fließt aus ihm auch ein Stück europäischer Zukunft. Wir wollen ihn jedenfalls rein erhalten. Ihn rein zu halten aber wird uns nur gelingen, wenn wir die Zurückhaltung des Neutralen in dem Entscheide der Waffen bewahren — und mag sie gleich manchmal nicht verstanden, ja oft unwillig abgelehnt werden.

* * *

Dieser Standort der Schweiz ist durch den geschlossenen Willen unseres ganzen Volkes zur Neutralität festgelegt. Außensteiter gibt es natürlich auch hier. Soweit sie im Ausland sitzen und dort „arbeiten“, von dort das Land mit ihren Pamphleten beschicken, sind sie zu Objekten der für solche Dinge bestehenden Gesetze geworden. Der stimmungsmäßige Einfluß ihres Tuns ist unwesentlich, was sicher nicht wunder nimmt, wenn man den Inhalt der Flugblätter in Erwägung zieht, die sie auf unser politisch reifes Volk loslassen. Entwaffnend in ihrer Blumpheit, oft sich überschlagend vor Ungeschick, versichern sie uns immerhin treuherzig, daß ihre Autoren ja doch schließlich einmal „im Bundeshaus landen“ würden. Das Volk hat diese Leute längst ausgeschieden.

Im Lande selbst wird unsere Neutralität seit langem nicht mehr zur Diskussion gestellt — nicht nur weil das verboten wäre, sondern weil die Notwendigkeit ihrer Bewahrung als Mittel zur Sicherung unserer

Unabhängigkeit nun wohl ziemlich allseitig anerkannt wird. Auch die oft leidige Unterhaltung über „Gefinnungsneutralität“ — ein an sich wohl unmöglicher Begriff — ist zu Ende gegangen und damit das für unsere Selbsterhaltung entscheidende Grundproblem im Sinne einer denkbar einhelligen Stellungnahme des Volkes erledigt. Damals, zu Beginn des Feldzuges im Osten, lebte freilich das Problem im Sinne einer Fragestellung wieder auf, und es ist in diesem Zusammenhang auch eine mehr oder weniger große Solidarität mit dem „Neuen Europa“ zur Diskussion gebracht worden. Wir glauben richtig zu sehen, wenn wir diese Etappe als inzwischen im wesentlichen wieder erledigt vermuten. Weshalb der Anschluß an eine zweckbestimmte Konstruktion einer kriegsführenden Partei für uns als neutrales Land unmöglich ist — ein solcher würde die glatte Preisgabe der Neutralität bedeuten und damit unausweichlich die bereits angedeuteten Folgen ergeben — das ist in diesen Hefen unlängst ausgeführt worden. Dem „Neuen Europa“ treten wir so wenig bei, wie wir etwa in den „Ring der 26 Nationen“ zu treten oder uns der „Atlantikart“ anzuschließen gedenken. Der Neutrale muß sich den Kreisen der kriegsführenden Parteien immer dann fernhalten, wenn dies notwendig ist, um jede Parteinahme zu vermeiden. Mit der persönlichen Überzeugung oder „Gefinnung“ des einzelnen Bürgers hat dies gar nichts zu tun; er kann sie frei empfinden und darf sie, im Rahmen der bestehenden Gesetze, Vorschriften und Erlasse, äußern — unter Vorbehalt auch öffentlich. Unsere Zensur ist heute weise genug, dem Niederschlag der Gefinnung auch in den Zeitungen den notwendigen Spielraum zu lassen — mag sie vordem in diesen oder jenen Fällen geirrt haben. Eine Durchsicht der Presse, in diesem Falle besonders der Organe „nationaler“ und anderer Opposition, gibt hiefür überzeugenden Beweis. Denn oftmals pflegt sich die Parteinahme mit einer Unbefangenheit zu geben, die manchmal schier etwas Naives hat. Aber es ist gut, wenn auch die Meinung der beiden äußersten Flügel zum Ausdruck kommt; das Märchen aber von der „Gefinnungsneutralität“ wird gerade von denen am forschesten zu Staub zerblasen, die es uns oft am eindringlichsten zu erzählen unternehmen wollten. Auch mit dem „Märtyrertum“ in der Schweiz ist es nichts — für solche, die für sich nicht mehr Recht verlangen, als der Staat ihnen überhaupt geben kann und als sie im Grunde dem Staate selbst geben wollen; wenn aber ein ganz weiser Knabe in einer Zeitung jenseits unserer Grenzen jüngst schrieb, in der Schweiz gebe es trotz aller Freiheitsgelöbnisse „in Wirklichkeit keine freie Meinungsäußerung“, das Urteil der Einzelnen sei „in die von Presse, Rundfunk und Film hergerichtete Schreckenskammer eingesperrt“, so möchten wir ihm empfehlen, zu bedenken, daß bei dieser Kritik mit der Ausgangslage etwas nicht ganz stimmt.

Sehen wir uns also das Problem der Neutralität von innen an, so ergibt sich der Schluß, daß unser Volk und mit ihm der Bundesrat und

die Regierungen der Kantone — die Gemeinschaft des Volkes in fast ausnahmsloser Geschlossenheit — unser Land neutral, also aus dem Konflikt heraus zu halten wünschen. Die sich nun aber dieser einhelligen Stellungnahme des Volkes nicht anzuschließen vermögen, täten gut, als Demokraten sich wieder einmal die Regel zu merken, daß die Minderheit sich fügen soll. Unser Volk will seine Neutralität und ist nun einmal durchaus entschlossen, von ihr nicht abzugehen: es sollte hierüber, wie über andere Dinge, Klarheit herrschen, damit die Kirche im Dorf und, beispielsweise, Unabhängigkeit Unabhängigkeit sei.

* * *

Was die Stellungnahme unserer kriegführenden Nachbarstaaten zur Neutralität der Schweiz anbelangt, so scheint in der jüngeren Zeit die Stellung der Neutralen im allgemeinen und ihre daraus zwangsweise sich ergebende Haltung auf größeres Verständnis zu stoßen, als dies noch unlängst zu bemerken war. Es betrifft dies zumal die Presse des Reiches, die ja, wie man weiß, an der Haltung unseres Landes, insonderheit seit dem Kriege gegen Rußland, immer wieder Vieles auszusetzen hatte. Während nun die Polemik gegen die Schweiz inzwischen in weitem Umfange verstummt ist, liest man jetzt anderseits gelegentlich Berichte über unser Land, die doch ein gewisses Verständnis, ja oftmals Wohlwollen, verraten. Ein solcher Aufsatz erschien wenigstens unlängst in einer größeren Zeitung des Reiches; in anderen Blättern ist zum mindesten eine Milderung des Tones festzustellen, der, im Vergleich zu noch vor kurzem, doch oftmals eine etwas zartere Färbung angenommen hat. Und sind dies vielleicht auch nur einzelne Stimmen, so erscheint uns ihre Äußerung in Rücksicht auf die zentrale Leitung und Kontrolle der deutschen Presse — wie sie zumal zu den jetzigen Kriegszeiten besteht — doch besonders bemerkenswert. Ein gewisser Wandel der Einstellung in der Presse des Reiches war übrigens auch in Bezug auf die Haltung Schwedens unlängst zu erkennen, während uns ferner, damit allerdings nur in loser Beziehung stehend, kürzlich verschiedene für die Schweiz ebenso verständnisvolle wie sympathische Stimmen in maßgebenden Organen der spanischen Presse, darunter in einem Blatt der „Falange“, aufgefallen sind. Wenn nun auch diese letztere Feststellung über die Bedeutung eines wohl mehr zufälligen Symptoms nicht hinausgehen wird, so konnte anderseits die teils verständnisvollere, teils wenigstens zurückhaltendere Einstellung der deutschen Presse gegenüber unserem Lande, mag sie auch zu einem nicht unbeträchtlichen Grade dem zwingenden Interesse für andere, dringlichere Probleme vernünftigerweise zugeschrieben werden müssen, der Aufmerksamkeit in unserem Lande nicht entgehen, das, eben weil es neutral sein will, so großen Wert auf gleichmäßig gute Beziehungen

gen zu allen Ländern, gerade auch zu den Nachbarstaaten, zu legen pflegt.

Daß hier das Verhältnis der Schweiz zum Reiche in besonderem Maße zu beachten bleibt, ist uns stets bewußt gewesen. Eine enge Verbundenheit der Kultur bringt den überwiegenden Teil unserer Bevölkerung in besondere Beziehung zu unserem großen Nachbarn; auch der verwandtschaftlichen Verflechtungen, die von hüten und drüben über die Grenze gehen, sind viele. Vor allem aber hat uns die Folge des Krieges auf dem wirtschaftlichen Sektor in eine naturgemäß gesteigerte Verbindung zum Reiche gebracht, die wir in der Schweiz gerade aus dem Grunde besonders begrüßen, weil mit diesen Verbindungen und dem Ausmaß der gegenseitigen Belieferungen beiden Beteiligten gleichermaßen gedient ist. Daß demgegenüber die publizistischen Beziehungen oftmals in durchaus unbefriedigenden Bahnen verliefen, mußte uns um so bedauerlicher erscheinen, als es sich im Laufe der Entwicklung klar erwies, daß als Reibungspunkt von der Gegenseite in wesentlichem Maße gerade unsere Neutralität genommen wurde — die Neutralität, die, als äußere Staatsmaxime, als ein tragendes Grundproblem unseres Staates überhaupt anzusprechen ist. Die Presse der Schweiz hat diese Angriffe nur in ganz ausnahmsweisen Fällen, und auch dann mit aller Zurückhaltung, zum Gegenstand einer Antwort genommen, um der Polemik aus dem Wege zu gehen, die den Schaden nur größer hätte machen können.

Allein es will uns heute, da eine zurückhaltendere Beurteilung der Neutralen im Allgemeinen einzutreten im Begriffe ist, und da auch unseren Verhältnissen hin und wieder doch objektivere Würdigung zu Teil wird, am Platze scheinen, gewisse Grundlagen unserer schweizerischen Haltung im Hinblick auf eine weitere Entwicklung zur Darlegung zu bringen, wie sie der Schweizer naturgemäß und eigentlich selbstverständlich empfindet und zwar in dem Maße unpolemisch, wie es die schweren Verhältnisse der Zeit erfordern. Wir sind überzeugt, daß die folgende Darlegung zu ihrem Teil die Entspannung zu fördern vermag und es würde uns freuen, wenn sie eine Gegenrede erführe, die auch ihrerseits der Versöhnung zu dienen bestrebt ist.

Zu Zeiten, da dem deutschen Volke Unrecht widerfuhr, sind wir in diesen Blättern stets dafür eingetreten, daß ihm sein Recht wieder gegeben werde, und da eine rücksichtslose und schließlich kurzfristige Machtpolitik Europa die Chance verweigerte, von den tiefen Schlägen, die ihm der letzte Weltkrieg geschlagen, sich wieder zu erheben, haben wir uns in diesen Blättern entschlossen gewandt gegen diese Machtpolitik, die Europa in das Elend führen mußte. Denn die ewigen Rechte, die den Menschen zuerkannt sind kraft göttlichen Gesetzes, jene unzerbrechlichen Rechte, die ungestraft niemand verletzt — sie gebühren den Völkern nicht weniger, die, wie jene, in der Freiheit zu leben geboren sind. Allein

sie eignen Allen, nicht nur den Großen, und Keinem ist es in die Hand gegeben, sie den Kleinen zu verweigern, Richter zu sein über dieser Rechte Zuteilung. Uns aber, den Schweizern dieser Tage, hat die stolze Vergangenheit eine einzige, große Verpflichtung überbunden, deren uns niemand ledig zu sprechen vermag, ehe sie nicht ganz erfüllt ist. Kompromißlos und unentwegt wollen auch diese Blätter entschlossene Diener der Aufgabe sein; denn die Generationen, die vor uns waren, und die uns das Erbe in der Freiheit geschenkt, auf das stolz sein zu können uns Viele in der geprüften Welt heute still oder offen beneiden — sie werden eines Tages Rechenschaft fordern von uns, wie wir dieses heilige Erbe verwaltet, das sie uns hinterließen und ob wir stark gewesen sind, es fortzutragen durch die Zeit der Not und unverfehrt zu bewahren für die nach uns kommen. An diesem Tage wird das Urteil fallen über unsere Generation. Aber dieser Tag soll uns sehen nach vollzogener Bewährung — mit hoherhobener Fahne und mit dem stolzen Bekenntnis an die Großen unserer Vergangenheit: ich darf sie zeigen, denn ich trug sie treu.

(12. März 1942.)

„... kein Richter, der nicht unser Landes- einwohner wäre ...“

**Brief an einen deutschen Freund der Schweiz über die schweizerischen
Voraussetzungen eines deutsch-eidgenössischen Gesprächs.**

Von Roman Boos.

Herrn Dr. Karl C. von Loesch,
Professor für Volkstumskunde an der Universität Berlin,
Leiter des Instituts für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin-Steglitz,
Vorsitzender des Ausschusses für Nationalitätenrecht in der Akademie
für Deutsches Recht.

Berehrter Herr!

Ihr Vaterland und das meine — um zuerst nicht von uns selbst zu sprechen —, Groß-Deutschland und die kleine Schweiz, werden, jedes auf seine Art, im gemeinsamen europäischen Lebens- und Sterbensraum Schweres zu tragen haben.

Unguter Worte sind zwischen Deutschen und Schweizern genug gewechselt. Es lohnt sich, nach guten zu suchen. Wenn wir sie finden, werden